

Der Neoliberalismus als ökonomische Ersatzreligion

Schlachtruf und Lamento

Paul Noack

Der Neoliberalismus hat im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert eine ebenso überraschende Konjunktur zu verzeichnen wie die Demokratie ein Jahrhundert zuvor. Allerdings führen ihn seine Widersacher weit häufiger im Mund als seine Parteigänger. Wenn sie scheitern, scheitern sie an ihm. Noch jüngst hat Oskar Lafontaine nicht nur sein Scheitern, sondern auch jegliche Malaise der Weltwirtschaft auf eine Denkschule zurückgeführt, an der auf den ersten Blick das Neueste das „Neo“ vor ihrem Namen zu sein scheint: „Die Neoliberalen aller Länder haben sich vereinigt und zum Angriff geblasen. Wer beim Sozialabbau nicht mitmacht, wird von den Finanzmärkten bestraft. . . Alle Schamgrenzen sind bei der Einkommensverteilung gefallen. . . Der Arbeitnehmer ist im Zeitalter des *Shareholder value* kein Mitarbeiter mehr, der mitverantworten und mitbestimmen soll, sondern ein Kostenfaktor“ (*Das Herz schlägt links*). Das Vermaledaite an solchen Sätzen ist dies, dass niemand genau zu sagen weiß, ob er damit Gerhard Schröder und Tony Blair oder die „Chicago School of Economics“ meint.

Dass die „traditionelle“ Linke sogar von einer „neoliberalen Gegenreform“ spricht, beweist, dass sie sich in einem säkularen Glaubenskrieg zu befinden glaubt. Doch will es die Ironie, dass ihre Attacke nicht den Libe-

ralen oder gar den Konservativen gilt. Die Zufälle des politischen Haders wollen es nun einmal so, dass sich mit Sozialisten und Sozialdemokraten zwei politische Familien in die Haare geraten sind, deren beider Stammbaum man bis dahin vor individualistischer Verführung gefeit glaubte.

Der Kampf mit Schlagworten hat immer etwas Grobschlächtiges an sich. Daraus leitet sich eine Tendenz zu Mehrdeutigkeit und Verschwommenheit ab; denn Schlagworte müssen vielseitig einsetzbar bleiben. Wenn nun aber Abkömmlinge einer Denkschule, in der sich die Sozialdemokratie heimisch fühlte, sich dafür verantworten müssen, dass sie nicht mehr die reine Lehre vertreten und als „Neoliberale“ auf die Anklagebank gesetzt werden, dann darf man darüber mehr als nur ein Wort verlieren. Schließlich hat dieses „Neo“ mindestens zwei Dimensionen. Die eine scheint darauf hinzuweisen, dass man sich wieder einmal die Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts zunutze macht, um klassische ökonomische Probleme mit überholten Mitteln anzugehen. Die andere dagegen kann mit der Vergangenheit nichts anfangen. Sie erhebt den Anspruch, neue Probleme mit neuen Mitteln lösen zu wollen. Ralf Dahrendorf hat seine Malaise so artikuliert: „Man muss sich als Liberaler seines ‚klassischen‘ Liberalismus nicht schämen. Aber er hilft

mir jetzt nicht mehr weiter. Jetzt sind neue Wege gefragt.“

Antiquiert oder fortschrittlich?

So ist es zuerst einmal nicht merkwürdig, wenn im Diskurs über den Neoliberalismus viele seiner Gegner zuerst einmal darauf bestehen, dass das Neue einen antiquierten Bewusstseinsstand widerspiegele. Schließlich sei der Liberalismus, darin haben die Gegner Recht, geboren aus Feudalismus und Unfreiheit. Weil er einen schon lange nicht mehr zeitgemäßen Problemstand reflektiere, sei weder seine Rhetorik noch sein politisches Instrumentarium in der Lage, Lösungsansätze frei Haus zu liefern, die diese „globalisierte“ Welt benötige.

Mit dem „Globalismus“ dieser Welt, auf deren Hintergrund sich jede ernsthafte Beschäftigung mit dem ökonomischen Geschehen bewegt, hat der Neoliberalismus allerdings seine Schwierigkeit. Anthony Giddens, Berater Tony Blairs, hat diese Schwierigkeiten auf den Punkt gebracht. Der Neoliberalismus, schreibt er, sei zwar eine „global orientierte Theorie“. „Als Verteidiger des traditionellen Nationalstaates jedoch verfechten Neoliberale eine unrealistische Variante der internationalen Politik – die Weltgesellschaft ist noch wie eine Gesellschaft der Nationalstaaten, und in einer solchen Welt zählt allein die Macht“ (*Der Dritte Weg*). Nur will es die Ironie, dass dieser Giddens bei den Alt-Sozialisten als „Neoliberaler“ durchgeht.

Aber das ist es nicht allein. Man denke nur daran, dass der Neoliberalismus in Ost und West eine völlig unterschiedliche Erscheinungsform hat. Eigentlich hat er nur den Namen gemeinsam. Selbst dann, wenn man den Blick erst einmal ausschließlich auf dem Osten ruhen lässt, muss man sich ein-

gestehen, dass sich die dortige Selbstbefreiung seit dem Beginn der neunziger Jahre entsprechend der unterschiedlichen Ausgangslage in unterschiedlichen Formen vollzieht. Ob man sie mit den gleichen Vokabeln bezeichnen kann, wird noch zweifelhafter, wenn man die westlichen Staaten unter die Lupe nimmt.

In England, Frankreich und Deutschland hat sich das wirtschaftliche Treiben auf hohem Niveau in ganz anderer Weise entwickelt, als das von den unterlegenen Fraktionen der „linken“ Parteien erwartet wurde. Dort hatte man nach den Wahlsiegen Absetzbewegungen von den Liberalen vermutet oder zumindest erhofft. Doch nichts dergleichen ist geschehen. Die Modernität der neoliberalen Sozialisten bestand darin, dass sie das machten, was ihre Vorgänger oft gewollt hatten, aber nicht zu tun wagten. „Links blinken, rechts fahren“ heißt die Parole im nur noch oberflächlich sozialistischen Frankreich.

Futuristische Rhetorik

Im Westen wie im Osten demonstrieren die neoliberalen Enkel einer glanzvollen sozialistischen Vergangenheit also, dass die Zukunft nicht mehr einheitlich buchstabiert werden kann. Das hat nicht zuletzt die Pariser Tagung der Sozialistischen Internationale vor Augen geführt. Sie war eine Demonstration dafür, dass selbst die „neuen“ Sozialdemokraten nicht mehr recht wissen, was sie mit dem Staat noch anfangen sollen. Drei Wortmeldungen – die von Gerhard Schröder, die von Anthony Blair und die von Lionel Jospin – belegen das eindrucksvoll. Jospin definierte einen Liberalismus, in dem der Staat weiter eine initiierende und kontrollierende Rolle spielt: „Wir müssen fortfahren, den Kapita-

lismus zu überdenken, um ihn in Frage zu stellen, ihn zu beherrschen und zu reformieren.“ Anthony Blair hat gar nicht mehr den Ehrgeiz, mit der Vergangenheit fertig zu werden. Er wendet sich – zumindest rhetorisch – der futuristischen Fragestellung zu, „wie wir mit dem Wandel fertig werden“. Schließlich bekennt sich Gerhard Schröder zum Staat, ohne zugleich die „invisible hand“ des Marktes zu denunzieren. „Wir wollen, dass der Staat handlungsfähig bleibt.“

Das sind schlichte Worte für schlichte Gedankengänge, denen sich ein weiterer, nicht eben origineller Gedanke anschloss, als er davon sprach, er wolle, dass der erzeugte Wohlstand „gerecht“ verteilt werde. Im Jahr 1999 wäre es dringend erforderlich gewesen zu definieren, was in einer Zeit der Knappheit eigentlich „gerecht“ zu nennen sei. Schließlich hat man ja die neoliberalen Gegenentwürfe vor Augen. „Der Wohlfahrtsstaat . . . verkrüppelt den unternehmerischen selbstständigen Geist der einzelnen Männer und Frauen und deponiert einen Sprengsatz explosiven Ressentiments unter den Grundlagen unserer freien Gesellschaft“ (David Marsland: *Welfare or Welfare State*).

Gespaltene Wurzeln

Nun ist das, was im November 1999 von demokratischen Sozialisten dargeboten wurde, die sich mit neoliberalen Gedanken verschwägern wollen, nicht etwa eine Frucht eines Denkens, das dem zwanzigsten Jahrhundert entstammt. Wenn heute der Liberalismus wie neu geboren daherkommt (ohne allerdings den Liberalen Wähler zuzuführen), dann muss man wissen, dass er noch niemals der Abkömmling eines einheitlichen Denkens gewesen ist. Das war schon immer seine Schwäche. Denn er hat

seine Argumente seit jeher aus zwei unterschiedlichen Quellen geschöpft. Die erste bezieht ihre Kraft aus der angloamerikanischen, die zweite aus der französischen Tradition. Weil der englische Liberalismus schon immer ein Gleichgewicht aus Staat, Mensch und Wirtschaft anstrebte, fällt es einem Anthony Blair, einem „Erneuerer“ also, relativ leicht, auf dieser Basis fortzuschreiten und zugleich dafür das Verständnis seiner Landsleute zu erwecken.

Bei ihm stellt der Staat die öffentlichen Güter, als da sind die Rechtsordnung und die innere Ruhe, zur Verfügung. Sie erlauben es dem Bürger, sich seine Freiheit (auch seine wirtschaftliche) selbst zu erarbeiten. Konkret heißt das: keine individuelle Freiheit ohne die Voraussetzung eines funktionierenden Staates.

In Frankreich war das immer anders. Die dortige Tradition hat den Staat noch nie als Voraussetzung, sondern als Instrument zur Sicherung der ökonomischen Freiheit begriffen. Deshalb wird es einem Lionel Jospin auch heute noch leicht, Eingriffe des Staates als Regulationsinstrument zur Sicherung der ökonomischen Freiheit des Einzelnen zu verteidigen. Der Staat schafft den Markt; dieser schafft sich nicht aus sich selbst heraus. Da fragt man sich, wie wirkungsvoll eigentlich eine Gegen-Polemik sein kann, wenn sich Theorie und Wirklichkeit, auf die er sich bezieht, so völlig uneinheitlich sind.

Liberalismus und Neoliberalismus

Gehen wir davon aus, dass den Wortfechtern an einer Klärung der Frage: Was greifen wir eigentlich an? nicht besonders gelegen ist – es genügt, ihnen im Regelfall, wenn man die Angeprangerten als Nicht-Sozialisten identifiziert –, so muss für einen freien

Dialog dennoch darauf bestanden werden, dass klare Unterscheidungen wenigstens mitgedacht werden. Wer sich Mühe gibt, kann ohne weiteres herausfinden, was den klassischen Liberalismus von seinem jüngeren Bruder, dem Neoliberalismus, unterscheidet. Zum Beispiel ist der klassische Liberalismus in allen seinen Erscheinungsformen eine Kategorie der Politik und der mit ihr verbundenen Wissenschaft. Dagegen erhält der jüngere Bruder sein Aroma einzig und allein durch seine Nähe zur Ökonomie. Er wird immer noch als Gegenmodell zum Marxismus (und des folgenden Ost-West-Gegensatzes) und seiner Praxis gesehen. Nicht zuletzt deshalb ist in den letzten Jahren fast ausschließlich vom Neoliberalismus als Instrument und als Erscheinungsform des ökonomischen Fortschritts und der Evolution die Rede gewesen. Er war und ist als Platzhalter für die abgehalfterten kollektivistischen Wirtschaftsformen gedacht. Dass es zur Fundierung eines Staates, zur Begründung von stabilen Staatsformen auch anderer Innovationen bedarf als nur der ökonomischen, das weiß jeder. Dennoch ist diesbezüglich nur wenig Innovatives gehört worden.

Daher stellt sich noch einmal die Frage: Inwieweit ist der Neoliberalismus mehr als nur eine zeitgenössisch gewendete Weiterführung des klassischen Liberalismus? Die teilweise schon gegebene Antwort sei noch einmal präzisiert. Es handelt sich bei ihm – anders als im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert – um eine Konstruktion, in der das demokratische Fundament als vorhanden vorausgesetzt ist. Es ist so selbstverständlich, dass leider eine Re-Justierung von Politik und Wirtschaft nicht mehr in den Blick genommen wird.

Dagegen ist noch kein Ende der Diskussion über den revolutionären Wandel der Er-

scheinungsformen der Wirtschaft abzusehen. Dabei geht es nicht mehr allein um Anpassung, sondern um politische Gegensteuerung. Neoliberalismus bezeichnet in seiner gegenwärtigen Erscheinungsform ökonomische Theorie, die sich von ihren nationalen Ursprüngen frei gemacht hat. Ihre Problemlage entspricht der Problemlage der Welt, die sich im Bild so beschreiben lässt: Träte heute ein Montesquieu auf, dann wäre er ein Adam Smith, der Staatswissenschaftler wäre ein Volkswirtschaftler. Die vielfachen Erörterungen des neoliberalen Kerngehalts ergeben immer nur eines: „Staat“ wird wieder zur Summe aller Privatinteressen a priori und nicht zu einer Entität, welche sich als „Mehr“ einer solchen Summe denken lässt. – „Das Gemeinwohl verdichtet sich nicht in einem Verband, in einem Staat oder gar in einem Verfahren wie etwa der Demokratie“ (Roman Stöger).

Der Neoliberalismus und seine Vertreter lassen deshalb die klassischen und auch die neo-klassischen Staatstheorien unangetastet, weil sie zu ihnen nichts zu sagen haben. Es sind andere Problemstellungen, die ihnen wichtiger sind. So die, wie man es schafft, die exponentielle Steigerung der in jedem Sinne des Wortes grenzenlosen Produktion zugleich in Schwung wie unter Kontrolle zu halten. Dieses doppelte Ziel vor Augen, zeichnet sich der Neoliberalismus durch eine beispiellose Verwaschenheit seiner politischen Grenzen aus. Das schlägt sich in den diversesten „Schulen“ nieder, die vom Ordo-Staat bis zum Sozialstaat reichen.

Dennoch böte der Begriff nicht ein solch beliebtes Angriffsziel von versprengten Linksozialisten bis zu den Sozialliberalen, wenn sich aus der Vielheit nicht de facto vor allem eine Schule herausgemeldet hätte, die

sich in idealer Weise deshalb als Angriffspolanz zurechtstellen lässt, weil nur von ihr behauptet werden kann, sie verzichte auf „soziale Gerechtigkeit“ als Bezugsgröße ihres Denkens. Es ist das liberalistische Extrem des Neoliberalismus.

In den USA seit Jahrzehnten debattiert und umkämpft, ist sie erst in den letzten Jahren auch bei uns zu Ehren gekommen. Es handelt sich um die „Chicago School of Economics“, deren Vertreter, etwa Ludwig von Mises, F. A. Hayek oder Milton Friedman, es strikt ablehnen, „Werte“ wie soziale Gerechtigkeit in ihren volkswirtschaftlichen Diskurs verflechten zu lassen. Sie halten das nicht nur für wissenschaftlich falsch, sondern sogar verderblich für eine Volkswirtschaft, die auf Wachstum angewiesen ist. Typisch dafür ist ein Satz von Mises: „Es gibt keine bessere Zerstörungsmethode der Marktwirtschaft als den Begriff der sozialen Gerechtigkeit.“

Verkehrung ins Extreme

Wir wollten die Argumentation bis zu diesem Punkt begleiten, um zu zeigen, dass eine Kette von richtigen Grundwahrheiten politisch dann fragwürdig zu werden beginnt, wenn sie bis ins Extrem getrieben werden. Angriffsflächen werden ohne Not geschaffen, die nur mit Mühe zu verteidigen sind.

Wenn etwa Vertreter der „freien“ Marktwirtschaft Gewerkschaften in einem Industriestaat nur noch als Störelement von Leistungsentwicklung zu verstehen vermögen, dann mag das zwar in konsequenter Verfolgung des liberalen Gedankensystems, das sie vertreten, akzeptabel sein – aber sie äußert sich in einer Zeit, die zwar die Bewahrung der Menschenrechte auf ihre Fahnen geschrieben hat, aber noch keineswegs so

weit ist, sie zu gewähren. Die absolute Freiheit des Marktes unter Absehung von den menschlichen Bedingungen, die in ihm herrschen, ist im Zeitalter der „Globalisierung“ denkbar, aber noch immer nicht ohne Verlust an Menschenwürde vollziehbar.

Ein so verstandener Neoliberalismus, in dem der Markt nicht mehr nur die Voraussetzung effizienten ökonomischen Handelns, sondern seine Öffnung ohne Schutzmechanismen ein Ziel an sich ist, hat politisch in Europa keine Zukunft. Jede Politik, die sich darauf beruft, muss sich darüber im Klaren sein, dass sie dem Selbstmord entgegenreibt, falls sie Anstalten machte, Mises, Hayek und anderen dem Wortlaut nach zu folgen.

Die Gefahr besteht wohl eher nicht, aber es sei doch darauf hingewiesen: Es wäre ein unvorstellbar großer Fehler, wenn sich die Parteien, die sich, ob auf christlicher Basis oder nicht, als liberale Parteien verstanden haben und auch so verstanden worden sind, auf das Feld ideologischer Träume begäben und damit ihre machtpolitische Basis verlören. Keine Politik wäre zuträglich, die eine demokratische Mehrheitsgewinnung ausschließt. Es würde auch keine Wohlstandsgewinnung etwas nutzen, an der die Mehrheit nicht fühlbar partizipiert.

Globale Einsetzbarkeit

Erinnern wir uns zum x-ten Mal, dass Ludwig Erhard (noch präziser: sein Staatssekretär Müller-Armack) der Schöpfer der Formel von der „Sozialen Marktwirtschaft“ gewesen ist. Deren Erfolge sind die Basis von Wiederaufstieg und Konsens in der Nachkriegszeit gewesen. Es ist bedauerlich, dass die Union – mit der Opposition beschäftigt –

noch nicht dazu übergegangen ist, die Alltagspolitik mit einem Gedankengerüst zu versehen, das stabil und flexibel genug ist, um über die nächsten Gesetzesvorhaben zu helfen. Denn was sich in nationalem Rahmen bewährt hat, muss heute auf globale Einsetzbarkeit hin überprüft werden. Es müssten praktisch einsetzbare Alternativlösungen erkennbar werden, bevor an den Ersatz der „sozialen Gerechtigkeit“ in Form der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu denken ist. Deshalb müssen diejenigen, die eine grundsätzliche Unvereinbarkeit von sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Effizienz dekretieren, darauf hingewiesen werden, dass sie neoliberale Reinheit nur dann bewahren können, wenn sie auf künftigen Machtgewinn (oder auf demokratische Grundstrukturen) verzichten.

Garant der Wohlfahrt

Damit wird nicht dafür plädiert, dem Druck jeglicher Klientele nachzugeben. Wohl aber bedeutet das in der Konsequenz, dass der Freiheit des Einzelnen nicht so weit stattgegeben werden kann, dass er sich stets nur als Einsamer einem unübersehbaren Meer von Ansprüchen anderer gegenüber sieht. Die „soziale Gerechtigkeit“ – in welcher Ausprägung sie sich immer im Einzelfall darstellt – bleibt in einer Gesellschaft, die nicht mehr wie in Zeiten des Früh-Liberalismus von Feudalismus und Totalitarismus geprägt ist, politisch eine unverzichtbare Bezugsgröße.

Wie soll man dem Bürger und Wähler klar machen, dass man angetreten sei, dem Individuum zu seinem unveräußerlichen Recht dadurch zu verhelfen, dass man sich

grundsätzlich nicht um seine Wohlfahrt kümmert?

So kann man nicht einmal einer zerrütteten Linken, die derzeit alles, was ihr am Regierungsgeschäft nicht passt, einer neoliberalen Grunddisposition zuschreibt, entgegen treten. Sie kann derzeit mit dem Vorwurf des Neoliberalismus, den sie nicht einmal zu definieren vermag, nur deshalb nichts zerstören, weil sie keine in sich konsistente Gegenstrategie hat. Es sind Angriffe ohne Tiefe, weil sich die eigenen Ideale als nicht tragfähig erwiesen haben – und sie sind nicht ohne weiteres erneuerungsfähig.

Umso wichtiger ist es allerdings, dass die neoliberalen Pferde, die staatliches Handeln nur noch als ökonomisches Handeln zu begreifen vermögen, nicht durchgehen. Es mag sein, dass der Begriff des „Wohlfahrtsstaates“ diskreditiert ist. Doch zumindest das darf man als Lebensgefühl von Anthony Giddens, dem Vordenker eines sozialdemokratischen „Dritten Weges“, akzeptieren: „Die Welt ist zugleich emanzipatorisch und Furcht erregend.“

In keinem Fall wird der Staat als Garant der Wohlfahrt von den Ideologen und schon gar nicht von Politikern, die oft ebenso wenig wissen, was sie wollen, wie das, was sie können, in die historische Abstellkammer gestellt werden können. Hat es nicht fast etwas Rührendes, dass er immer dann gerufen wird, wenn die Sozial„partner“ – siehe Holzmann, siehe Vodafone – nicht mehr weiter wissen?

Es geht sicher nicht darum, der globalen Veränderung zu widerstehen, sondern sie nutzbar zu machen, damit Leben auch im 21. Jahrhundert global lebenswert, wenn auch nicht konfliktfrei, bleibt.